



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.01.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:57 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates
Dr. Bernd Wiegand	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Oberbürgermeister
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Teilnahme bis 16.48 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle

Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Johannes Menke	Stadtrat
Gernot Nette	Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier	Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Marco Schreyer	Leiter des Fachbereichs Recht
Oliver Paulsen	Referent für Grundsatzangelegenheiten
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Hausgemeinschaft Böllberger Weg 22 zum Bebauungsplanverfahren Nr. 208
Wohn- und Geschäftsquartier Böllberger Weg**

Frau Müller verlas die Anfrage von **Dr. Wolfram König, Angela Hannemann und Falk Wiederhold**:

1. Wie wird die Stadt bei Bauherren und Bauplanung darauf hinwirken, die o.g. Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes zu verwirklichen?
2. Wie wird die Stadt Halle sicherstellen, dass am Böllberger Weg ein offenes und bürgerfreundliches neues Quartier entsteht, welches anteilig ausreichend Wohnraum für HallenserInnen mit mittlerem und niedrigem Einkommen bietet und zugleich eine positive Wirkung auf die Lebensqualität aller AnwohnerInnen der Umgebung entfalten kann?
3. Was sind die nächsten Schritte im Bebauungsplanverfahren und wann können wir uns als Bürgerinnen und Bürger an der Diskussion zu den Entwürfen der Investoren offiziell beteiligen?

Herr Rebenstorf antwortete:

1. *Anmerkung Protokoll: Keine Tonübertragung*
2. Es soll ein Nutzungsdurchmischtes Quartier entstehen, ein Zusammenführen von Wohnen, Arbeiten und Freizeit ist geplant. Zum Thema „günstiger Wohnraum“ ist man im Gespräch auf der Basis des wohnungspolitischen Konzeptes.
3. Der nächste, erste formale Schritt, ist die Aufstellung des Bebauungsplanes, um in ein Planfeststellungsverfahren eintreten zu können. Im Zuge der Beteiligung Träger öffentlicher Belange können auch Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaft ihre Anregungen und Hinweise zum Quartier übermitteln. Später, im Zuge der Offenlage, wird erneut die Möglichkeit gegeben, dass die Bürgerschaft an die Verwaltung Rückmeldungen geben kann.

zu **Herr Thomas zur Corona-Pandemie**

Frau Müller verlas die Anfrage von **Herrn Thomas**.

Werden Sie jetzt die neue Richtlinien der WHO ankündigen?

Werden Sie die alten Ergebnisse der letzten drei Monaten korrigieren, sodass wir einen fairen Vergleich zwischen den zwei Gruppen haben können?

Die Stadt und die Stadträte und -rätinnen sind seit letztem Mai diese Heilmedikamente und Heilmethoden bekannt, wussten von diesen Behandlungen und haben sie dennoch nicht eingesetzt. Ich frage mich, warum Sie so viel Leiden erlaubt und toleriert haben?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Fragen an die Amtsärztin Frau Dr. Gröger zur Beantwortung weitergegeben werden. Er sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu Herr Krasselt zum Rechtsstreit zwischen der Stadt Halle und der Bundesrepublik Deutschland

Frau Müller verlas die Anfrage von **Herrn Krasselt**:

In der Informationsvorlage zur Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.11.2020 wurde der Oberbürgermeister dazu ermächtigt, in einem Rechtsstreit zwischen der Stadt Halle und der Bundesrepublik Deutschland einen Vergleich zu schließen. Darin verpflichtet sich die Stadt Halle zur Beilegung des Rechtsstreits eine Summe von 19,5 Millionen Euro zu zahlen.

Welche Möglichkeiten hat die Stadt Halle, bei der zurzeit nicht gerade einfach vorherrschenden Haushaltslage, diese Summe aufzubringen?

Herr Geier antwortete, dass im Zuge des Haushaltsplanes 2021 eine Ausgabe im Finanzhaushalt eingeplant ist, dies über eine entsprechende Kreditaufnahme zu finanzieren. Dieses Verfahren wurde vorab mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt.

zu Herr Fritz zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates

Frau Müller verlas die Anfrage von **Herrn Fritz**:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage schränkt die Geschäftsordnung des Stadtrates in der aktuellen Fassung das Kommunalverfassungsrecht in Bezug auf § 28 (2) KVG LSA ein?
2. Halten Sie die getroffene Regelung zur Einwohnerfragestunde tatsächlich für rechtsfest?

Herr Schreyer antwortete, dass die Regelungen der Geschäftsordnung vollumfänglich den gesetzlichen Vorschriften des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie den Hinweisen des Ministeriums des Inneren und des Städte- und Gemeindebundes entsprechen.

Frau Müller unterbrach die Sitzung zur Behebung eines technischen Problems.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche virtuelle Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 51 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (89,47 %) fest.

Die Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder und akustische Bestätigung des aufgerufenen Mitglieds.

Herr Nette rügte während der Feststellung der Anwesenheit die Ordnungsmäßigkeit der Einladung, da laut der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse mit der Einladung sowohl Tagesordnung, Zeit und Zugang versandt werden sollen. Der Zugang zum virtuellen Sitzungsraum wurde erst am heutigen Tag versandt.

Es folgte eine Gedenkminute an den verstorbenen Baudezernenten und Bürgermeister Dr. Thomas Pohlack.

Frau Müller gratulierte **Frau Dr. Burkert** zum Geburtstag.

Frau Müller gab den Mitgliedern des Stadtrates Hinweise zum Verfahren der virtuellen Sitzung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

TOP 13 Anregungen

- ➔ Vorschlag: Tagesordnungspunkte für erledigt erklären
- ➔ Fragen wurden beantwortet
- ➔ Anregungen werden in den Hauptausschuss Februar aufgenommen

Frau Müller machte auf folgende zwei Dringlichkeiten aufmerksam:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2020/02095

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2021/02192

Die Abstimmung der Dringlichkeiten zur Aufnahme auf die Tagesordnung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

VII/2021/02095

mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.10

Abstimmungsergebnis:
VII/2021/02192

mehrheitlich zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 9.13

Frau Müller machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.1

Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VII/2020/02116

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag vor,
ÄA CDU-Fraktion**
- ➔ **Behandlung unter TOP 7.1.1**

TOP 7.3

Neubau Freiwillige Feuerwehr Lettin, Kirchstraße 10, 06120 Halle (Saale) –
Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2020/01898

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag vor,
ÄA Fraktion DIE LINKE,
Beschlussvorschlag wurde geändert**
- ➔ **Behandlung unter TOP 7.3.1**

TOP 7.6

Bebauungsplan Nr. 208 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg –
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01919

- ➔ **hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor,
ÄA Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**
- ➔ **Behandlung unter TOP 7.6.4**

TOP 7.6.2

Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Bebauungsplan Nr. 208 Wohn-
und Geschäftsquartier, Böllberger Weg – Aufstellungsbeschluss (VII/2020/01919)
Vorlage: VII/2020/02056

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 7.6.4

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Bebauungsplan Nr. 208 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg -
Aufstellungsbeschluss" (VII/2020/01919)

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 7.7.1

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Bebauungsplan Nr. 204 Nahversorgungszentrum Beesener Straße – Aufstellungsbeschluss“ (VII/2020/01125)

Vorlage: VII/2020/02046

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 9.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung

Vorlage: VII/2020/01946

→ **Beschlussvorschlag und Begründung geändert**

Herr Eigendorf stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit zum Tagesordnungspunkt 9.3.

Herr Wolter signalisierte, dass der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Nette zuerst zu behandeln sei.

Herr Nette holte sich die Bestätigung ein, dass sein Widerspruch gegen die ordnungsgemäße Ladung erfasst wurde. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag die Tagesordnungspunkte 3, 7, 8 und 9 des öffentlichen Teils und die Punkte 2 und 5 des nicht öffentlichen Teils von der Tagesordnung zu nehmen. Seiner Meinung nach können unter den vorherrschenden Bedingungen keine rechtsgültigen Beschlüsse gefasst werden.

Herr Helmich widersprach dem Antrag formell und bat um Rechtseinschätzung durch die Verwaltung.

Herr Schied machte auf eine schlechte Übertragung des Redebeitrages von Herrn Nette aufmerksam; **Frau Winkler** sagte, die Gründe der Absetzung der Tagesordnungspunkte nicht nachvollziehen zu können.

Herr Nette begründete seinen Geschäftsordnungsantrag. Aufgrund der schlechten Übertragung wurde Herr Nette gebeten die LTE-Einstellungen an seinem iPad einzustellen. Dies wurde von Herrn Paulsen begleitet.

Bezugnehmend des Redebeitrages von Herrn Helmich, antwortete **Herr Schreyer**, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist, alle wichtigen gesetzlichen Parameter enthalten sind, insbesondere auch die Regelungen der Geschäftsordnung. Der Zugang zur virtuellen Sitzung ist per E-Mail versandt worden. Dies kann erst kurz vor Anberaumung der Sitzung erfolgen.

Frau Müller ließ den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Nette betreffend der Absetzung der Punkte 3, 7, 8 und 9 des öffentlichen Teils abstimmen. Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder. Der Geschäftsordnungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Frau Müller ließ den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Eigendorf auf Nichtzuständigkeit des Stadtrates betreffend des Punktes 9.3 abstimmen.

Herr Dr. Bergner sprach gegen den Antrag; er sagte, dass der Stadtrat eine Verpflichtung hat seine Position darzustellen.

Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder. Dem Geschäftsordnungsantrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Herr Heym vertagte den Punkt 8.5 in die März-Sitzung des Stadtrates.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Müller** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung. Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder.

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
 - 2.1. Dringlichkeiten
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 25.11.2020
 - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.12.2020
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.11.2020 und 16.12.2020
Vorlage: VII/2020/02117
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VII/2020/02116
 - 7.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle VII/2020/02116
Vorlage: VII/2021/02196
 - 7.2. Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02137
 - 7.3. Neubau Freiwillige Feuerwehr Lettin, Kirchstraße 10, 06120 Halle (Saale) - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2020/01898

- 7.3.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Neubau Freiwillige Feuerwehr Letti, Kirchstraße 10, 06120 Halle (Saale)- Variantenbeschluss" VII/2020/01898
Vorlage: VII/2021/02198

- 7.4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 35 Sonderbaufläche Riebeckplatz Ost - Abwägung
Vorlage: VII/2020/01618

- 7.5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 35 Sonderbaufläche Riebeckplatz Ost - Feststellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01619

- 7.6. Bebauungsplan Nr. 208 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01919

- 7.6.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Bebauungsplan Nr. 208 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg
- Aufstellungsbeschluss – Vorlagen-Nummer: VII/2020/01919
Vorlage: VII/2020/02048

- 7.6.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Bebauungsplan Nr. 208 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg – Aufstellungsbeschluss (VII/2020/01919)
Vorlage: VII/2020/02056

- 7.6.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 2028 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg- Aufstellungsbeschluss- Vorlagennummer: VII/ 2020/01919
Vorlage: VII/2020/02057

- 7.6.4. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 208 Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg - Aufstellungsbeschluss" (VII/2020/01919)
Vorlage: VII/2021/02167

- 7.7. Bebauungsplan Nr. 204 Nahversorgungszentrum Beesener Straße - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01125

- 7.7.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 204 Nahversorgungszentrum Beesener Straße - Aufstellungsbeschluss" (VII/2020/01125)
Vorlage: VII/2020/02046

- 7.8. Bebauungsplan Nr. 145.2 Wohnbebauung Weißbuchenweg - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2020/01529

- 7.9. Richtlinie für die Vergabe der Ehrenbezeichnung Kammersänger/in an der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01733

- 7.9.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle und der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Richtlinie für die Vergabe der Ehrenbezeichnung Kammersänger/in an der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Saale) VII/2020/01733
Vorlage: VII/2020/01794
- 7.10. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2020/02095
- 8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Nur die Liebe zählt. Und manchmal auch der Korrosionsschutz"
Vorlage: VII/2020/01809
- 8.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01035
- 8.3. Antrag der CDU – Fraktion zur Änderung der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit (Kulturförderrichtlinie)
Vorlage: VII/2020/01373
- 8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten
Vorlage: VII/2020/01825
- 8.4.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten
Vorlage: VII/2020/01996
- 8.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einführung eines Frauennachttaxis
Vorlage: VII/2020/01660 **vertagt**
- 8.6. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Abschaffung der Umweltzone in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01663
- 8.7. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung sanitärer Anlagen an ÖPNV-Haltestellen
Vorlage: VII/2020/01780
- 8.8. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Straßenbahnhaltestellen durch eine Erhöhung des Verglasungsanteils der Geländer
Vorlage: VII/2020/01781
- 8.9. Antrag der Fraktionen MitBürger und SPD zur Umbenennung der Straße „Am Klärwerk“
Vorlage: VI/2019/05290
- 8.10. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Benennung eines Teilstücks der Saalepromenade nach Marguerite Friedlaender
Vorlage: VII/2020/01681
- 8.11. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum besseren Schutz von

Bestandsbäumen bei Planungen zur Freiflächengestaltung
Vorlage: VII/2020/01438

9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für die "Scheibe C"
Vorlage: VII/2021/02131
- 9.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Vergabe von Fördermitteln der freien Kulturarbeit
Vorlage: VII/2020/01920
- 9.3. Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“ - „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine aner kennenswerte Person
Vorlage: VII/2020/01999 **abgesetzt**
- 9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/01946
- 9.4.1. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Dürreschäden durch Wiederbepflanzung
Vorlage: VII/2020/02027
- 9.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107
- 9.6. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Gedenkortes am Standort des ehemaligen Jüdischen Friedhofs an der Gottesackerstraße
Vorlage: VII/2020/01935
- 9.7. Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zu Möglichkeiten der Freigabe des Oberen Boulevard für den Radverkehr
Vorlage: VII/2020/01947
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum digitalen Einlassmanagement
Vorlage: VII/2020/01948
- 9.9. Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Nutzung des "Alten Schlachthofs"
Vorlage: VII/2020/01949
- 9.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherung der sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung und zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in Stadtteilen durch soziale Erhaltungssatzungen
Vorlage: VII/2020/02033
- 9.11. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Diemitz
Vorlage: VII/2020/02034
- 9.12. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung und Baumpflanzung auf dem Marktplatz und innerhalb der Altstadt
Vorlage: VII/2020/02037

- 9.13. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners
Vorlage: VII/2021/02192
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten **erledigt**
- 10.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Vorhaben der
Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung
Vorlage: VII/2020/02112
- 10.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bürger*innenbeteiligung
Vorlage: VII/2020/02113
- 10.3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Situation wohnungsloser
Menschen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02132
- 10.4. Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung
Vorlage: VII/2021/02123
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Steuerausfällen in der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02124
- 10.6. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum Rundweg
Hufeisensee
Vorlage: VII/2021/02125
- 10.7. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Liegenschaft der
Freiwilligen Feuerwehr Büschdorf
Vorlage: VII/2021/02126
- 10.8. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Brandschutzauflagen
in Discountern
Vorlage: VII/2021/02127
- 10.9. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Schließung des
Wochenmarktes in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02128
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Bau einer
Gewerbeerschließungsstraße in Ammendorf und Radewell
Vorlage: VII/2021/02121
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Beantwortung der
Fragen zur Konzeption für eine weitestgehend autofreie Altstadt Halle (Saale)
VII/2020/01754
Vorlage: VII/2021/02130
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumpflanzungen
Vorlage: VII/2021/02134
- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ankauf und Verkauf von
Gebäuden/Grundstücken

Vorlage: VII/2021/02135

- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur praktischen Umsetzung der Sozialen Arbeit in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VII/2021/02136
- 10.15. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Zulassung von PKW
Vorlage: VII/2021/02133
- 10.16. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude
Vorlage: VII/2020/01702
- 10.17. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verkehrsführung in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VII/2021/02138
- 10.18. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Online-Vergabe Kitaplätze
Vorlage: VII/2021/02139
- 10.19. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verkehrsführung Mühlrain in der Frohen Zukunft
Vorlage: VII/2021/02140
- 10.20. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Jugendparlament
Vorlage: VII/2021/02141
- 10.21. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Gebührenbescheiden für Gastronomen wegen unerlaubter Sondernutzung
Vorlage: VII/2021/02142
- 10.22. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Breitbandausbau in Halles Osten
Vorlage: VII/2021/02143
11. Mitteilungen
- 11.1. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur 15. Planänderung Start- und Landebahn Süd mit Vorfeld des Flughafens Leipzig/Halle gemäß §§ 8 und 10 LuftVG i. V. m. § 73 Abs. 3a Satz 1 VwVfG
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen **erledigt**
- 13.1. Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Datenerhebung bei der Schwerpunktsetzung Verkehrspolitik
Vorlage: VII/2021/02144
- 13.2. Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Stadtbibliothek – Einstellen einer Bibliothekspädagog/In
Vorlage: VII/2021/02145
- 13.3. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Zwitschönaer Straße in Reideburg

Vorlage: VII/2021/02146

- 13.4. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verkehrssituation in der Clara-Zetkin-Straße und den umliegenden Straßen
Vorlage: VII/2021/02147
- 13.5. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) für einen Verkehrsspiegel an der Kreuzung Dölbauer Straße/Äußere Leipziger Straße in Reideburg
Vorlage: VII/2021/02148
- 13.6. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Beleuchtung der Hafenantrasse
Vorlage: VII/2021/02149
- 13.7. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur kontaktlosen Ausleihe in der Stadtbibliothek
Vorlage: VII/2021/02199
- 14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag der Fraktion MitBürger@DiePartei auf Akteneinsicht in die Denkmallisten des Alten Schlachthofes

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Frau Müller schlug vor, die Punkte 3.1 und 3.2 im Block abzustimmen.

Herr Nette stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 3. Er hält alle heute zu treffenden Beschlüsse für nicht rechtsgültig.

Herr Eigendorf sprach dagegen. Herr Schreyer habe die Ordnungsmäßigkeit der Sitzung und Tagesordnung dargestellt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder. Der Geschäftsordnungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Frau Müller bat um Bestätigung der Niederschriften. Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 25.11.2020

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.12.2020

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom
25.11.2020 und 16.12.2020
Vorlage: VII/2020/02117**

Frau Müller sagte, dass die Informationsvorlage im Stadthaus ausgehängt und digital einsehbar ist. Die nicht öffentlichen Beschlüsse vom 25.11.2020 und 16.12.2020 sind somit bekannt gegeben.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über folgende Themen:

- Neue Organisationsstruktur
- „Spielsteg“ in Glaucha ist fertig
- Stadt eröffnet Impfzentrum
- mit dem Impf-Taxi zum Impfzentrum
- Fußball-Nachwuchszentrum wird weiter gebaut
- Zahl der Baumpaten wächst
- Laptops für Halles Schulen
- Fitness-Training auf der Würfelwiese
- Fördermittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte
- Aktuelle Corona-Situation

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Nette sagte, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand in Großteilen seines Berichtes nicht zu verstehen war.

Frau Ranft merkte an, dass allein bei Herrn Nette und Herrn Menke die Technik nicht zu funktionieren scheine. Sie appellierte an beide ihre Technik in Ordnung zu bringen und die Sitzung nicht weiter aufzuhalten.

Die Sitzung wurde für eine 15-minütige Pause unterbrochen.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VII/2020/02116

zu 7.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan 2021 der Theater,
Oper und Orchester GmbH Halle VII/2020/02116
Vorlage: VII/2021/02196

-Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Damit rufe ich den Punkt 7 auf und da sind wir bei Punkt 7.1, Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Und ich möchte an dieser Stelle um Wortmeldungen bitten, wer etwas sagen möchte, hebt bitte die Hand, wir zählen das dann hier wieder kurz am Bildschirm durch.

Gut, vielen Dank. Wir haben erstmal alle Wortmeldungen erfasst. Und es gibt zu allererst einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Nette und den würde ich dann vorziehen. Herr Nette, bitte.

Herr Nette

Ich stelle den GO-Antrag auf Vertagung, weil ich der Meinung bin, dass der Wirtschaftsplan unter diesen Bedingungen für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle nicht rechtsgültig beschlossen werden kann. Deswegen bitte ich Sie, den bis zur nächsten Präsenzsitzung zu vertagen.

Frau Müller

Gut, wir haben den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes. Möchte noch jemand etwas zu diesem Geschäftsordnungsantrag sagen? Das sehen wir nicht.

Frau Dr. Schöps

Doch, ich.

Frau Müller

Genau, Frau Dr. Schöps, bitte.

Frau Dr. Schöps

Ja, ich möchte gegen diesen Geschäftsordnungsantrag sprechen. Und ich möchte vor allem, deshalb habe ich mich gemeldet, Herrn Nette dringend bitten von weiteren Geschäftsordnungsanträgen abzusehen, die lediglich wiederholen, was er in seinem Gesamtantrag zu Anfang abstimmen ließ und was abgelehnt wurde per Abstimmung. Wie gesagt, es ist eine Bitte, eine Rechtsgrundlage habe ich nicht. Aber, Herr Nette, ich bitte Sie dringend unsere Sitzung nicht weiter aufzuhalten mit solchen Anträgen, die sicher nicht anders abgestimmt werden als Ihr Gesamtantrag zu Beginn. Danke schön.

Frau Müller

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag? Frau Mark möchte sich noch melden. Bitte schön, Frau Mark.

Frau Mark

Ja, vielleicht um das Ganze zu beschleunigen, Herr Nette, wenn Sie meinen, die Beschlüsse

werden nicht wirksam gefasst, dann fechten Sie die doch anschließend an und dann werden wir das doch rechtlich überprüfen können, ob es wirksam war oder nicht. Wenn wir es dann das nächste Mal noch mal fassen müssen, weil es nicht wirksam war, dann müssen wir ohnehin noch mal darüber reden. Aber jetzt bei jedem Beschluss darüber zu sprechen, ob zulässig oder nicht, das verzögert doch das Ganze. Also, ich will jetzt nichts dreimal sagen aber dann fechten Sie es doch anschließend an und dann wissen wir es. Aber das ganze jetzt in die Länge zu ziehen. Ich sehe da jetzt keinen Zweck darin ehrlich gesagt. So als juristischen Tipp.

Frau Müller

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Geschäftsordnungsantrag nicht zulässig ist, weil er schon einmal gestellt wurde. Das war in dem Geschäftsordnungsantrag den TOP 7 abzulehnen, also nicht zuzulassen heute, da war dieser Geschäftsordnungsantrag schon drin. Und zwei Mal den gleichen Geschäftsordnungsantrag zu stellen halte ich für nicht zulässig. Vielleicht kann Herr Schreyer dazu etwas sagen. Wir müssen ja jetzt damit rechnen, dass in jedem TOP, in jedem Änderungsantrag immer dieser Geschäftsordnungsantrag kommt und das ist aus meiner Sicht wirklich falsch.

Frau Müller

Ich würde gerne an der Stelle Herrn Schreyer das Wort geben. Bitte schön.

Herr Schreyer

Wenn der Geschäftsordnungsantrag jeweils das gleiche Thema befasst und abgelehnt wurde, dann ist es selbstverständlich so, dass dieser Geschäftsordnungsantrag nicht jedes Mal neu gestellt werden kann, sondern das letztendlich dieser Geschäftsordnungsantrag einmal abgelehnt wurde und demzufolge nicht erneut gestellt werden kann zur gleichen Angelegenheit. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es selbstverständlich auch möglich ist, und das ist keine Drohung, Geschäftsordnungsanträge missbräuchlich zu verwenden. Und insofern rutscht Herr Nette irgendwann in diesen Bereich ab und das können wir uns dann weiter anschauen. Vielen Dank.

Frau Müller

Gut. Danke schön. Das heißt, ich stimme diesen Geschäftsordnungsantrag noch ab und hoffe, dass ...

Herr Bernstiel

Nein, er ist nicht abzustimmen.

Frau Müller

Gut, dann ist er nicht abzustimmen. Dann verzichten wir an der Stelle darauf, den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Gibt es sonst noch weitere Wortmeldungen dazu? Das sehe ich nicht. Dann gehen wir in die Debatte. Und da rufe ich als erstes auf, sicherlich auch zur Einbringung des Änderungsantrages, Frau Dr. Wünscher. Bitte schön.

Frau Dr. Wünscher

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, uns liegt ein Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH vor, der gegenüber dem im Strukturanpassungskonzept vereinbarten Personaltabelleau einen Aufwuchs um zwei Vollzeitstellen hat. Einmal eine Stelle in der Theaterpädagogik und dann war es noch, was viel schwerwiegender ist, einen Aufwuchs im TVöD Bereich in der Verwaltung, Referent der Geschäftsführung mit hoher Dotierung. Im Finanzausschuss haben wir ausführlich darüber diskutiert, das möchte ich hier alles nicht wiederholen. Ich möchte aber auf das eingehen, was uns von der Geschäftsführung dort

sozusagen suggeriert wurde, was wir aber nicht nachvollziehen können. Und da geht es vor allem darum, wie uns dargestellt wurde, wie sich diese zusätzliche Personalstelle refinanzieren würde. Es wurde als Referenzia das Jahr 2020 herangezogen und es wurde dort gesagt, dort wären sozusagen juristische Beratungsleistungen im Wert von etwa 80 Tausend Euro in Anspruch genommen wurden. Und diese Stelle mit Arbeitgeberanteil würde ungefähr ein bisschen über 80 Tausend für die TOO in Anspruch nehmen. Dieses Referenzia 2020 ist aus unserer Sicht aber nicht zulässig, um so sozusagen die Refinanzierung zu begründen, denn dieses Jahr war außergewöhnlich, weil es dort außergewöhnlich viele Rechtsberatungen erforderlich waren. Einmal die Auseinandersetzung, die Dauerauseinandersetzung mit dem ausgeschiedenen Opern-Intendanten, dann die völlig überraschende Auseinandersetzung mit der GND, die völlig unerwartet von ihrem Vertrag zurückgetreten ist und sozusagen mit einem Rechtsbeistand der ersten Liga hier in Halle angetreten ist und dann war letztendlich auch noch der Vertrag, der neue Intendanten Vertrag von Herrn Sacknitz zu verhandeln. Also, sodass dieses Jahr nicht repräsentativ ist. In der Regel werden in so einer Einrichtung oder in so einem Betrieb wie der TOO etwa 30 bis 35 Tausend Euro für juristische Auseinandersetzungen sozusagen veranschlagt. Und wenn wir das zu Grunde legen für normale Jahre, dann denke ich mal, tut sich da eine große Lücke in der Refinanzierung aus. Außerdem kommt hinzu, dass wissen wir alle aus der Stadtverwaltung, die Stadtverwaltung hat ein Rechtsamt und trotzdem muss auch die Stadt sozusagen externe juristische Expertise in Anspruch nehmen, weil nicht alle Geschäftsfelder abgedeckt werden können und anderes. Und wenn man das alles berücksichtigt, dann denke ich mal, ist das einfach ein zusätzlicher Personalaufwand. Dann kommt noch hinzu, dass das Geschäftsfeld, das uns von der Geschäftsführung aufgezeigt wurde, dass der in dieser Referenz zu beackern hätte, für den ein Volljurist vorgesehen ist, eigentlich so viele Felder umfasst, wenn man das, was die Geschäftsführung aufgeführt hat, ernst nimmt, die von einem Juristen auch nicht abzudecken sind weil die Spezialisierung natürlich auch dort sehr weit fortgeschritten ist.

Als nächstes kommt hinzu, wenn sozusagen die TOO sich vor Gericht vertreten lassen muss und da sind 2021 schon zwei Verfahren sicher anhängig, dann kann das auch dieser Jurist nicht tun, weil er keine Zulassung als Rechtsanwalt hat. Für dieses Geld, was dieser Referent in Anspruch nehmen würde, TVöD wie gesagt, und den hätte man dann für immer, da könnte man ungefähr 2,5 junge Schauspieler oder 2,5 junge Sänger oder auch 2,5 Stellen mit jungen Tänzern besetzen. Und ich glaube jeder Spartenleiter in der TOO wäre froh, wenn er sozusagen dieses Geld, was an dieser Stelle ausgegeben werden soll, für seine künstlerischen Zwecke verwenden könnte. Denn, in dem Strukturanpassungskonzept, die maßgebliche Kürzung, die maßgebliche Stellenkürzung, sind im künstlerischen Bereich vorgenommen. Und im künstlerischen Bereich gibt es keine Ausweitung des Personaltableaus, aber im Verwaltungsbereich. Und das, denke ich, ist aus unserer Sicht überhaupt nicht nachvollziehbar.

Ich möchte noch einen ganz anderen Aspekt hinzufügen, das ist nämlich der, dass in dieser jetzigen Zeit, in dieser Pandemie-Situation, für einen Aufwuchs an Personalkosten zu sorgen, das, denke ich mal, ist einfach nicht hinnehmbar. Und wenn ich da zum Beispiel an die freie Szene denke, die wirklich buchstäblich ums Überleben kämpfen, dann denke ich mal, könnte man von der TOO gerade in diesem Zusammenhang zumindest symbolisch Solidarität verlangen und auch davon ausgehen, dass sie mit dem Personal, das sie haben, die Geschäfte regulieren können.

Und ich möchte noch mal sagen, diese Aushandlung von Verträgen, die in der Regel Standardverträge sind, sowohl im künstlerischen Bereich als auch im TVöD Bereich, sowieso, das sind Standardverträge. Und es ist die originäre Aufgabe von Intendanten, von den Assistenten der Intendanten und von der Geschäftsführung diese Verträge auszuführen und zu verhandeln.

Frau Müller

Frau Wünscher, Ihre Redezeit ist langsam abgelaufen.

Frau Dr. Wünscher

Ich bin erstmal zu Ende. Danke.

Frau Müller

Vielen Dank. So, dann, wir haben hier inzwischen eine Liste, ich sage jetzt mal an, wen wir alles erfasst haben. Wir haben: Herrn Thomas, Herrn Heym, Frau Dr. Brock und Herrn Krause bis jetzt auf der Rednerliste. So arbeite ich das jetzt ab und wie gesagt, weitere Wortmeldungen sind dann auch möglich noch. Und damit Herr Thomas, bitte schön.

Herr Thomas

Zunächst mal Danke für den sachlichen Ton dieser Diskussion um die TOOH. Ich denke, das ist eine wesentliche Verbesserung. Auch unsere Fraktion sieht die GmbH in der Pflicht einen Beitrag zur Entlastung des kommunalen Haushaltes zu leisten. Gleichwohl hat die Geschäftsführerin ein gravierendes personalwirtschaftliches Problem dargestellt und auch eine Lösung präsentiert mit der Einstellung eines neuen Juristen. Das ist eine Lösung, die der Aufsichtsrat auch mehrheitlich mitgetragen hat und insofern, denke ich, gehört das zu den Aufgabenbereichen, die man einer Geschäftsführung durchaus auch übertragen kann. Wir würden dem Änderungsantrag nicht folgen, dem Wirtschaftsplan zustimmen und, wenn ich das auch sagen darf, ich sehe in den letzten Monaten durchaus eine deutliche Verbesserung in der Verwaltung der GmbH. Danke schön.

Frau Müller

Vielen Dank. Und Herr Heym bitte.

Herr Heym

Auch wir sind erstaunt und befremdet darüber, wie unsensibel der Wirtschaftsplan aufgestellt ist in der jetzigen Situation. Er gibt aus unserer Sicht an die Bevölkerung draußen die falschen Signale. Aus unserer Sicht sind die Vergleichskennzahlen, die dort zugrunde gelegt werden, die den Stellenaufwuchs begründen sollen, hausgemacht und ungeeignet hier einen Bedarf zu begründen. Wir denken außerdem, dass es der TOOH, die sicher finanziert aus Steuergeld ist, gut zu Gesicht steht hier sensibel und solidarisch mit der Gesellschaft, mit den vielen Menschen draußen, die in Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder um ihre Existenz bangend unterwegs sind ein Zeichen zu setzen und auch mit der Gesellschaft gemeinsam an Einsparmöglichkeiten zu arbeiten. Das ist aus unserer Sicht hier nicht erfolgt, deshalb werden wir diesen Wirtschaftsplan ablehnen. Danke.

Frau Müller

Und Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, ich möchte gegen den Änderungsantrag sprechen und zwar aus folgenden Gründen. Zunächst, darauf hat ja Frau Dr. Wünscher schon hingewiesen, ist sozusagen die Gegenfinanzierung insofern gesichert als eben dieses Geld aus den Honorarleistungen für Beratungen herausgenommen wird. Und es geht eben nicht nur darum Personalbereich und Gastverträge juristisch unanfechtbar zu machen, sondern eben auch um Liegenschaftsfragen, um Werk- und Lieferverträge, um Medienrecht, um Kooperation mit anderen Häusern. Und die Geschäftsführerin hat das so begründet, dass sie eben das auch zentralisieren will und nicht jeden einzelnen Bereich machen lassen will, was aus meiner Sicht einen Qualitätssprung auch bedeuten würde.

Der zweite Punkt des Änderungsantrages, der ist jetzt noch gar nicht genannt wurden, es geht im zweiten auch um eine Konzertpädagogin für die Oper. Auch da, finde ich, ist sehr

nachvollziehbar, bisher wurde das ebenfalls extern eingekauft und nun sollen eben Stillkonzerte, Schülerkonzerte, neue Konzepte für alte Menschen, und auch Akademiekonzerte von einer festangestellten Theaterpädagogin organisiert werden. Das ist gerade vor dem Hintergrund dessen, was herausfordernd für die TOO jetzt noch kommt im Jahr 2021, eine sinnvolle Konstruktion. Es gibt keinen Aufwuchs insgesamt der Kosten, das wird sozusagen aus den Honorartöpfen gegenfinanziert und die sind eben in der Vergangenheit relativ hoch gewesen.

Das Direktorium hat übrigens zugestimmt, Frau Dr. Wünscher, das heißt, alle Intendanten haben das befürwortet, dass das so zentralisiert wird und dass das eben auf diese Art und Weise eine Rechtssicherheit gibt für die Zukunft.

Insgesamt, als letzten Satz, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, wenn wir hier im Stadtrat Wirtschaftspläne besprechen, dann verlassen wir uns eigentlich im Großen und Ganzen auf die Kompetenz des Aufsichtsrates und wenn es dann noch mal Fragen gibt, auch in Richtung Finanzausschuss, wir haben vorgestern über eine Stunde thematisch mit der Geschäftsführerin diskutiert. Dort ist sozusagen der Änderungsantrag abgelehnt wurden, dem Wirtschaftsplan zugestimmt wurden. Im Aufsichtsrat gab es eben auch diese Einschätzung, dass es eine sinnvolle strukturelle Veränderung ist. Insofern würde ich appellieren, dass Sie den Änderungsantrag ablehnen und dem Wirtschaftsplan zustimmen, weil die TOO braucht jetzt die Sicherheit eines Wirtschaftsplanes, der natürlich noch angepasst werden muss aber das ist eine Sache, die werden alle Wirtschaftspläne machen müssen, weil wir nicht wissen wie 2021 weitergeht. Vielen Dank.

Frau Müller

Und Herr Krause.

Herr Krause

Ja, wir haben ja vieles im Finanzausschuss diskutiert und da hat sich auch gezeigt, dass es kein Kostenaufwuchs gibt durch diese beiden Stellen, so wie durch Frau Dr. Wünscher beispielsweise behauptet. Wenn wir richtig zugehört haben im Finanzausschuss, dann sind die Rechtsstreitigkeiten in 2019 vor allen Dingen zu Buche geschlagen mit 146 Tausend Euro und in 2020 hatten wir noch 80 Tausend Euro externe Kosten.

Ich will mal so sagen, die Verträge werden im Moment nach der alten Struktur, die Frau van den Broek nicht zu verantworten hat, noch behandelt. Also so unterschiedlich in unterschiedlichen Abteilungen, die nicht kompatibel sind. Das hat beispielsweise dazu geführt, dass Musterverträge von Nichtjuristen eingesetzt oder gemacht wurden sind und wir jetzt aktuelle eine Nachforderung haben von der Deutschen Rentenversicherung für falsche sozialrechtliche Beurteilung von 137 Tausend Euro. Nur mal so als Beispiel.

Und da setzen wir mal dagegen einen Jahresjuristen von 80 Tausend Euro. Ich sage Ihnen nur, man kann nicht so, pardon, ich sage es mal so ein bisschen salopp, billig rechnen, wir wollen diesen Aufwuchs nicht, wenn eine Stelle sinnvoll ist und es wirtschaftlich ist, dann soll man das machen.

Wir werden dem Änderungsantrag nicht zustimmen, sondern der Vorlage, so wie sie da ist, zustimmen. Man muss der neuen Geschäftsführerin jetzt auch mal eine Chance geben zu arbeiten nach der Struktur, die sie vorschlägt.

Ich bedauere es übrigens sehr, dass sie hier heute dazu auch nicht Stellung nehmen kann zu diesen Argumenten, die ja nicht besser werden, wenn sie ständig wiederholt werden. Wir reden über ungefähr 900 Gastverträge für freie Gäste, über 150 Verträge für abhängige Beschäftigte und dann sozusagen auch noch über Sachverhalte bei den 460 Mitarbeitern in drei Tarifverträgen, wo arbeitsrechtlich im Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis auch

Probleme auftauchen. Das heißt, das kann man einfach nicht von Leuten, die Nicht-Juristen sind und das sind Nicht-Juristen, die im Moment diese Sachverhalte in der TOOH bearbeiten. Bei einem solchen großen Unternehmen da muss ein Fachmann da sein und man kann durchaus trotzdem das ein oder andere Mandat vergeben, wenn das notwendig ist. Aber wirtschaftlich ist das alle mal. Und ich kann auch allen nur empfehlen, diesen Wirtschaftsplan nicht zu blockieren, sondern dem zuzustimmen. Wir stimmen dem Änderungsantrag der CDU aus genannten Gründen nicht zu. Weitere Argumente werde ich jetzt aus Zeitgründen nicht weiter nennen.

Frau Müller

Gut, dann frage ich jetzt in die Runde, gibt es weitere Wortmeldungen zum TOP? Gut, wir erfassen das jetzt wieder. Meerheim, Sehrndt, Wend. Bitte alle noch mal die Hände hoch, wir sind gerade am durchblättern, die Namen Meerheim, Sehrndt und Wend sind erfasst. Sie könne Ihre Hände wieder runternehmen. Wer darüber hinaus noch etwas sagen möchte. Gut, wir haben in folgender Reihenfolge erfasst: Meerheim, Sehrndt, Wend, Nette und Schöder. Und so würde ich jetzt auch abarbeiten. Herr Dr. Meerheim, bitte schön.

Herr Dr. Meerheim

Danke schön Frau Vorsitzende. Es ist richtig, wir haben sehr lange darüber im Finanzausschuss diskutiert über dieses Thema. War auch eine sachliche Diskussion. Wir wollen bei der Sachlichkeit bleiben. Man muss der Geschäftsführerin zugestehen, dass sie bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes vor ungeahnten Schwierigkeiten stand und weiterhin steht. Wir haben ... [nicht verständlich] die nicht geplant werden kann.

Daraus resultiert eigentlich, dass der vorliegende Wirtschaftsplan ... [nicht verständlich] in dem Moment, wo er geschrieben wurde. Eigentlich hätte der Wirtschaftsplan und das wäre eine gute Geste gewesen, nach dem Beschluss des Aufsichtsrates ... [nicht verständlich] nochmal zunächst überarbeitet werden müssen um die Voraussetzungen und Bedingungen, die heute bekannt sind. Aber das sei mal geschenkt, weil niemand weiß wie es weiter geht ... [nicht verständlich] das macht ja auch keinen Sinn.

Wir werden aber als Fraktion den Änderungsantrag der CDU folgen. Da auch vor dem Hintergrund dessen, was auch Frau Brock gesagt hat. Man kann das so machen, natürlich. Man kann auch Aufgaben zentralisieren ... [nicht verständlich] Das geht alles. Das ist auch das gute Recht, die Vorschläge durch die Geschäftsführerin machen zu lassen. Dann hätte ich aber erwartet, dass die Aufgabenbereiche, die sich bisher mit diesen Dingen beschäftigt haben, welche von der Stelle in Zukunft abgedeckt werden sollen, kritisch betrachtet worden wären und entsprechend hätte die Geschäftsführerin auch einen Vorschlag für die anderweitige Verwendung des bisher damit beschäftigten Personals in den einzelnen Strukturen der TOOH vorgelegt hätte. Das ist leider nicht geschehen. Insofern haben wir jetzt den Wunsch nach Zentralisierung. Wie gesagt, das ist möglich, kann jeder entscheiden wie er will. Und ich habe aber auf der anderen Seite die alten Entscheidungspersonen und Macher in den Strukturen nach wie vor vorhanden, die damit eigentlich beschäftigt sind. Wenn die das dann in Zukunft nicht mehr machen sollen, da müssen wir uns Gedanken darüber machen, womit sie sich beschäftigen sollen. Nur das mal am Rande.

Und Frau Dr. Wünscher hat völlig Recht, wenn Sie sagt, es ist kein wirklich, kein gutes Signal nach draußen, wenn wir jetzt hier für Personalaufwuchs sorgen und ich sage mal die freie Kulturszene die wissen nicht mehr ein noch aus. Vor dem Hintergrund kann ich nur empfehlen, dem Änderungsantrag der CDU zuzustimmen. Wenn dem mehrheitlich nicht nachgekommen wird, würde ich aber trotzdem darum bitten das, auch wenn der Wirtschaftsplan so nicht geändert wird, dem zugestimmt wird, weil die TOOH dringend einen Wirtschaftsplan benötigt, vor allem vor dem Hintergrund, dass ... [nicht verständlich] erhebliche Investitionen geplant werden, sie sonst nicht ... [nicht verständlich] werden könnten. Das ist ... [nicht verständlich].

Frau Müller

Und Herr Sehrndt bitte.

Herr Sehrndt

Ja, ich will das nur ganz kurz noch mal ausführen. Im Finanzausschuss hat uns ja die Frau van der Broek eine gruselige Vision gezeigt von der Theater GmbH. Alleine aus diesem Grund muss man sagen, es muss einfach mal Luft geholt werden und nachgedacht werden, was da eigentlich vor sich geht. Diese Stelle des Juristen, die da ausgeschrieben wird, das geht gar nicht. Da hat sie uns eine Rechnung aufgemacht, ich will die Zahlen hier nicht nennen. Selbst der Herr Krause liegt da völlig falsch. Also, wenn ich das überschlage, dann kostet der Jurist über 100 Tausend Euro. Das passt auch nicht zu den Dingen, die im Vorfeld passiert sind. Und die kann nicht zusätzlich aufgeschlossen werden, diese Stelle. Sie müssen einfach davon ausgehen, dass wir auch mal in den Sparmodus umschalten müssen. Wir werden demnächst gezwungen werden in den Sparmodus umzuschalten. Und insofern unterstützen wir, der Herr Heym hat es gesagt, natürlich den Antrag der CDU auf diese Änderung. Danke.

Frau Müller

Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Ich möchte darum bitten, dass dem Änderungsantrag zugestimmt wird. Natürlich sollte dem so geänderten Wirtschaftsplan jetzt auch zugestimmt werden, das ist für die TOO H tatsächlich sehr, sehr wichtig. Wenn man Herrn Krause so erzählen hört ist es ja geradezu ein Wunder, das bei diesen unendlich vielen Verträgen nicht alles in ... [nicht verständlich] geflogen ist, was bisher passiert ist. Ich will noch mal sagen, es gibt dort eine Menge Kompetenz in der TOO H, die das bisher gut organisiert hat und die gilt es auch weiterhin zu nutzen. Das sollte man tun. Und ich meine, natürlich kann ich verstehen, dass Intendanten und Geschäftsführer sich von ihren eigentlich ihren viel routinierten Funktionen zugeschriebenen Funktionen gerne durch entledigen, dass ihnen das wer abnimmt. Das ist richtig. Aber ich glaube, da ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt. Einarbeiten für die Geschäftsführung heißt auch sich mit ihren originären Aufgaben auseinanderzusetzen. Ansonsten folge ich den Ausführungen von Herrn Meerheim und bitte also dem Änderungsantrag zuzustimmen und dann aber dann auch dem so geänderten Wirtschaftsplan zuzustimmen. Danke schön.

Frau Müller

Herr Nette.

Herr Nette

Also, ich habe mir das mitgeschrieben. Frau Wünscher war schlecht zu verstehen, Herr Krause hat durch seinen hin und her wedelnden Kopf war schlecht zu verstehen, Herr Meerheim gar nicht, ja. Und Herr Wend ist jetzt nur abgehackt rüber gekommen. Das erstmal vorab.

Was ich noch zum Thema sagen möchte, ich habe mir den Wirtschaftsplan auch angeguckt. Mir ist in Erinnerung, dass ja die TOO H in Größenordnung Leute in die Kurzarbeit geschickt hat. Dieses von der Bundesregierung ausgezahlte Kurzarbeitergeld müsste mittlerweile die Einnahmeverluste weit überstiegen haben. Deswegen konnte die TOO H wahrscheinlich auch diesen Überschuss ausweisen. Es ist von der Sache her vielleicht rechtlich legitim da so zu handeln, aber moralisch ist es für alle anderen, die tatsächlich um ihre Existenz bangen, nicht zu akzeptieren, dass die TOO H auf der einen Seite die vollen Zuschüsse von Stadt und Land kassiert und auf der anderen Seite sich noch den Bauch vollschlägt mit Kurzarbeitergeld. Das dazu. Deswegen ist dieser Wirtschaftsplan in dieser Form abzulehnen.

Frau Müller

Herr Schöder bitte.

Herr Schöder

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie alle ganz herzlich. Ich möchte mich auf nur zwei, drei Dinge kurz fassen. Viele Dinge sind jetzt schon gesagt wurden, Frau Dr. Wünscher, Herr Meerheim, Herr Wend. Ich kann etwas dazu beitragen aus meiner langjährigen Erfahrung bei diesem Haus und stelle eine eindeutige Frage. Einen Stellenplan zu erweitern ist immer ein riesen Ding, es ist eine große Leistung, die in die Zukunft wirkt. Wenn ich jetzt aus dem letzten Jahr freie Mittel habe, um dieses eventuell zu refinanzieren, in Ordnung, dann war das letztes Jahr. Was passiert in den nächsten Jahren? Wissen wir, wie die nächsten Jahre wirtschaftlich laufen? Nein, aber der Stellenplan steht dann plötzlich fest.

Das zweite ist die, wie soll ich das ein bisschen nett formulieren? Ich finde es schon ein bisschen sehr merkwürdig, das ist das freundlichste Wort, in dieser Situation, in der wir uns wirtschaftlich insgesamt und politisch insgesamt befinden, Stellenpläne in dieser Größenordnung und vor allem bei einem Juristen so zu fordern, finde ich, geht gar nicht. Überhaupt nicht. Wenn ich im Kulturausschuss, wenn wir immer darum kämpfen, was wir den freien Theatern geben können, unter welchen sozialen und wirtschaftlichen pro Jahr noch dazu. Das geht für mich überhaupt nicht.

Und dann muss ich sagen, ich hatte damals vor vielen Jahren, 2013 war das, diese Volksinitiative begründet und durchgesetzt, wo wir um den Erhalt des Theaters gekämpft haben. Das war eine riesen Aktion. Und es war konsolidiert, wir haben es geschafft, wir haben einen wunderbaren Wirtschaftsplan die letzten Jahre gehabt, damit kann man in Zukunft auch arbeiten. Punkt und Aus und Ende. Alles andere ist moralisch nicht vertretbar und wirtschaftlich eine gefährliche Tour. Vielen Dank. Achso, ich persönlich unterstütze natürlich den CDU-Antrag und wenn diese Änderung stattfinden könnte, würde ich auch diesem Wirtschaftsplan zustimmen. Danke schön.

Frau Müller

Gut, dann ist die Rednerliste jetzt auch erstmal abgearbeitet. Ich frage jetzt noch mal: Gibt es noch Wortmeldungen? Okay, der OB meldet sich. Gut, Herr Oberbürgermeister, bitte schön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank. In der Demokratie muss man streiten. Diesen Streit kann man einmal auf dem Friedenspfad ausführen, das heißt konstruktiv, kreativ und dann entscheidet die Mehrheit und kommt zum Ergebnis. Diesen Streit kann man aber auch auf dem Kriegspfad ausführen, nämlich in dem man Personen verunglimpft. Schon fast förmlich hasst. Und ich möchte an der Stelle deutlich machen, dass wir hier eine klare Mehrheitsentscheidung hatten und sich hier im Stadtrat einige Personen zu Wort gemeldet hatten, die in dieser Mehrheitsentscheidung unterlegen waren. Es ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung auch hier in Stellenplan aufzustellen, zumal er kostenneutral ist. Von Beginn der Tätigkeit und deshalb muss man es einfach auch mal aussprechen, von Frau van der Broek, hat man versucht ihr Steine in den Weg zu legen, weil man sie ablehnt, von Grund auf hasst oder ähnliches. Das ist eine Art, die so nicht akzeptabel ist aus meiner Sicht und entspricht auch nicht meinem Weltbild. Und deshalb muss man an der Stelle hier deutlich sagen, das ist eine reine typische Angelegenheit von der Geschäftsführerin, die hier einen ausgeglichenen Stellenplan aufgestellt hat und hier kostenneutral agiert und hat auch eine klare Mehrheit gefunden im Aufsichtsrats. Auch das muss man deutlich sagen. Und hier geht es um die Weiterentwicklung, das ist richtig und das ist hier die Zukunftsbetrachtung, die durchgeführt wird. Und deshalb kann ich nur dringend appellieren nicht diesen Streit einzugehen, diesen Hassstreit, so muss ich es bezeichnen, gegen die neue Geschäftsführerin. Und deshalb ist

es ihr gutes Recht das hier auch so aufzustellen und noch dazu, wenn sie es kostenneutral macht. Deshalb bitte ich, den Änderungsantrag abzulehnen.

Frau Müller

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Sehrndt, bitte.

Herr Sehrndt

Ich möchte das einfach nur zurückweisen, das hier Hassstreit ausgeführt wird. Hier geht es um reine ökonomische Kennziffern und es ist eben nicht ausgeglichen. Das ist einfach der Punkt. Darüber wird sich gestritten. Danke.

Frau Müller

Gut. Ich möchte zumindest nur darauf hinweisen, dass dann, wenn dieser Tagesordnungspunkt eben auf der Tagesordnung des Stadtrates steht, eben der Stadtrat auch die Möglichkeit hat darüber demokratisch zu entscheiden und man muss dann tatsächlich auch nicht überall Hassstreit unterstellen. Insofern, wenn jetzt keine weiteren ...

Herr Schöder

Darf ich nochmal?

Frau Müller

Herr Schöder, bitte schön.

Herr Schöder

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ja, ich möchte diesen Vortrag von Herrn Oberbürgermeister auch zurückweisen. Ich habe hier in keiner Weise gespürt, dass jemand unsachlich ist oder dass jemand emotional ist oder dass jemand hier hasserfüllt um die Dinge diskutiert. Hier wird ganz sachlich, werden die Argumente ausgewogen und alles andere würde ich diesbezüglich auch gerne zurückweisen, zumindest von mir, von meiner Seite aus. Ich bin immer für einen fairen Wettstreit aber hier bin ich grundsätzlich, wirklich aus meiner Erfahrung heraus 40 Jahre in der Oper Halle, wirklich anderer Meinung.

Frau Müller

Herr Krause.

Herr Krause

Ganz kurz nur. Nachdem sich die Situation so entwickelt hat entgegen dem, was im Finanzausschuss gesagt wurden ist, melde ich zumindest mal Bedenken an, dass hier in der Sitzung nicht die Möglichkeit besteht, dass sich die Geschäftsführerin selber äußern kann zu den erneut wiederholten Vorwürfen, die sie im Finanzausschuss ausgeräumt hat. Der Aufsichtsrat hat zugestimmt, der Finanzausschuss hat zugestimmt. Und jetzt auf einmal kommt das wieder in verstärkter Form, offensichtlich auch in dem Wissen, dass sie heute nicht teilnehmen darf aufgrund der Konstruktion der Sitzung und sie sozusagen auch nicht aufklärend beitragen kann. Ich möchte da meine Bedenken anmelden.

Frau Müller

Herr Sehrndt, bitte.

Herr Sehrndt

Moment, ich musste erst das Mikrofon anschalten.

Das ist natürlich die Fortsetzung der Unterstellung, weil Herr Krause weiß, dass im Finanzausschuss nicht zu dem Ergebnis gekommen ist.

Herr Feigl

Meines Erachtens hat Herr Sehrndt schon zwei Mal gesprochen.

Frau Müller

Ja, Sie haben völlig Recht. Herr Sehrndt, entschuldigen Sie bitte, Herr Feigl hat durchaus Recht, Sie hätten gar nicht noch mal reden dürfen. Das war jetzt mein Fehler an der Stelle. Ich würde es dann an der Stelle bitte auch abbrechen und dann meldet sich jetzt Herr Menke noch mal. Und genau, bitte Herr Menke.

Herr Menke

Ja, ich möchte nur mitteilen, dass ich an der Abstimmung nicht teilnehmen werde. Ich werde weder mit Ja noch Nein noch mit Enthaltung stimmen, weil ich der ganzen Debatte nicht folgen kann. Der Oberbürgermeister war nur ganz, ganz leise zu hören, ich konnte nur einzelne Worte verstehen. Am besten konnte man Herrn Sehrndt verstehen, weil der vielleicht am Tablet am dichtesten auch ans Mikrofon gegangen ist. Sein Gesicht wurde ja immer größer. Viele Beiträge waren einfach nur zur Hälfte zu verstehen, sowie von Herrn Krause beispielsweise auch. Darüber hinaus kann ich auch der Debatte deshalb schlecht folgen, weil die Tablets sind uns ja mal gegeben wurden, damit wir die Anträge lesen können und jetzt sehen wir die Bilder auf den Tablets, dafür die Anträge nicht. Also, es ist ganz schwierig überhaupt der Debatte zu folgen. Deswegen nehme ich jetzt an der Abstimmung auch nicht teil. Danke.

Frau Müller

Gut, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann gehen wir, beziehungsweise ich würde es noch mal kurz überprüfen lassen, weil ich kann es jetzt hier nicht blättern, aber jemand neben mir kann das. Bitte noch mal melden, wer noch etwas sagen möchte. Herr Schachtschneider, bitte schön.

Herr Schachtschneider

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich möchte einfach mal nur jetzt fragen, Herr Nette hat mitgeschrieben, wen er alles nicht verstanden, gehört hat. Jetzt hat Herr Menke diesen Einwand gemacht. Und da würde ich ganz gerne mal das Rechtsamt prüfen lassen, wenn jetzt laufend diese Beschwerden kommen, nicht das wir uns in eine Verfahrensweise hereingehen, die eigentlich den Rest der Sitzung dann überflüssig macht, weil das ganze eben nicht rechtsgültig abgelaufen ist.

Frau Müller

Herr Schachtschneider, danke für den Hinweis. Das passiert hier laufend und ständig. Die Herren sitzen sozusagen mir direkt im Nacken. Gut, dann fangen wir jetzt, wir haben keine weiteren Wortmeldungen gesehen. Dann gehen wir jetzt in das Abstimmungsverfahren. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der CDU ab. Und dort das Verfahren heute schon mehrmals abgelaufen ist, Ja, Nein, Enthaltung in Einzelabstimmung, namentliche Abstimmung. Und wir fangen an. Abstimmung über den Änderungsantrag zunächst.

Herr Nette

Frau Vorsitzende, würden Sie den Änderungsantrag noch mal vortragen, weil ich kann den jetzt nicht lesen.

Frau Müller

Herr Nette, ich lese Ihnen den Änderungsantrag noch mal vor aber ich möchte jetzt auch mal an der Stelle wirklich sagen, dass ich mich wirklich frage, wie Sie sich im Grund auch als Stadtrat hier vorbereitet haben. Das ist wirklich, tut mir leid, das kann ich mir jetzt nicht verkneifen an der Stelle. Aber natürlich lese ich Ihnen den Änderungsantrag jetzt vor. Der Änderungsantrag der CDU lautet:

Der Stellenplan der TOOH GmbH wird um die, zusätzlich im Personalplan aufgenommenen 2 Vollzeitstellen – Referent der Geschäftsführung, 1 Theaterpädagogenstelle – gekürzt, um das im Strukturanpassungskonzept vereinbarte Personaltableau einzuhalten.

Ich hoffe, damit sind Sie zufrieden, ich könnte Ihnen jetzt auch noch die gesamte Begründung vorlegen, aber wie gesagt, man sollte eigentlich auch davon ausgehen, dass sich Stadträtinnen und Stadträte auch ein Stück weit auf die Sitzung und auf die zu beschließenden Punkte vorbereiten.

So, sind Sie damit zufrieden Herr Nette? Können wir jetzt darüber abstimmen?

Herr Nette

Ja Frau Vorsitzende, wir können jetzt darüber abstimmen.

Frau Müller

Das ist sehr erfreulich, dann machen wir das so. Wir stimmen über den Änderungsantrag ab.

		Name	Vorname	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr		Aldag	Wolfgang		x	
Herr	Dr.	Bergner	Christoph	x		
Herr		Bernstiel	Christoph	x		
Herr		Bönisch	Bernhard	x		
Frau	Dr.	Brock	Inés		x	
Frau	Dr.	Burkert	Silke		x	
Herr		Döring	Jan		x	
Herr		Eigendorf	Eric		x	
Herr		Ernst	Johannes	x		
Herr	Dr.	Ernst	Martin		x	
Herr		Feigl	Christian		x	
Frau		Gellert	Beate		x	
Frau		Haupt	Ute	x		
Herr		Helmich	Dennis		x	
Herr		Heym	Carsten	x		
Frau		Jacobi	Dörthe			x
Frau		Jahn	Josephine	x		
Herr		Krause	Johannes		x	

Frau	Dr.	Kreutzfeldt	Annette		x	
Frau		Krischok	Marion	x		
Herr		Lange	Hendrik	x		
Herr	Dr.	Lochmann	Mario		x	
Frau		Mackies	Stefanie	x		
Herr		Mämecke	Steve	x		
Frau		Mark	Yana		x	
Herr	Dr.	Meerheim	Bodo	x		
Frau		Müller	Katja	x		
Herr		Nette	Gernot			x
Frau		Ranft	Melanie			x
Herr		Radtke	Torsten	x		
Herr		Schaaf	Mario	x		
Herr		Schachtschneider	Andreas	x		
Herr		Schaper	Torsten		x	
Herr		Schied	Thomas	x		
Herr		Scholtyssek	Andreas	x		
Herr		Schöder	Olaf	x		
Frau	Dr.	Schöps	Regina			x
Herr		Schramm	Rudenz	x		
Herr		Sehrndt	Martin	x		
Herr		Senius	Kay		x	
Herr		Sondermann	Hans-Dieter			x
Herr		Steinke	Sören		x	
Herr		Streckenbach	Johannes	x		
Frau		Thomann	Beate		x	
Herr	Dr.	Thomas	Sven		x	
Herr		Wels	Andreas		x	

Herr	Dr.	Wend	Detlef	x		
Herr	Dr.	Wiegand	Bernd		x	
Frau		Winkler	Yvonne	x		
Herr		Wolter	Tom	x		
Frau	Dr.	Wünscher	Ulrike	x		

Frau Müller

Für den Änderungsantrag der CDU haben 26 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt, 20 Stadträtinnen und Stadträte haben dagegen gestimmt und 5 haben sich enthalten. Damit ist der Änderungsantrag der CDU angenommen.

Dann stimmen wir jetzt über die so geänderte Beschlussvorlage insgesamt, also über den so geänderten Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH ab. Gleiches Spiel wie eben.

		Name	Vorname	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr		Aldag	Wolfgang	x		
Herr	Dr.	Bergner	Christoph	x		
Herr		Bernstiel	Christoph	x		
Herr		Bönisch	Bernhard	x		
Frau	Dr.	Brock	Inés	x		
Frau	Dr.	Burkert	Silke	x		
Herr		Döring	Jan	x		
Herr		Eigendorf	Eric	x		
Herr		Ernst	Johannes			x
Herr	Dr.	Ernst	Martin	x		
Herr		Feigl	Christian	x		
Frau		Gellert	Beate	x		
Frau		Haupt	Ute	x		
Herr		Helmich	Dennis	x		
Herr		Heym	Carsten			x
Frau		Jacobi	Dörthe			x

Frau		Jahn	Josephine	x		
Herr		Krause	Johannes	x		
Frau	Dr.	Kreutzfeldt	Annette	x		
Frau		Krischok	Marion	x		
Herr		Lange	Hendrik	x		
Herr	Dr.	Lochmann	Mario	x		
Frau		Mackies	Stefanie	x		
Herr		Mämecke	Steve	x		
Frau		Mark	Yana	x		
Herr	Dr.	Meerheim	Bodo	x		
Frau		Müller	Katja	x		

Frau Müller

Herr Nette.

Herr Nette

Frau Müller, Sie verstoßen gerade gegen die Geschäftsordnung. Im Paragraf 11 Absatz 9 ist geregelt: Wurde eine Vorlage durch Änderungsanträge verändert, so darf erst dann endgültig abgestimmt werden, wenn der neue Wortlaut durch die Vorsitzende des Stadtrates oder ein ihm Beauftragten unmissverständlich vorgetragen wurde und kein Mitglied des Stadtrates Einwände erhoben hat. Ich denke, die Abstimmung können wir wiederholen.

Frau Müller

Ich würde dazu mal Herrn Schreyer das Wort geben und Herr Nette, jetzt auch noch mal ausdrücklich. Ich verbitte es mir, dass Sie in ein Abstimmungsverfahren mit Ihren Anmerkungen kommen. Dann bringen Sie die, wenn wir durch sind und nicht mitten drin. Egal, was Sie hier anzumerken haben. Es ist ja eine ganze Menge heute. So, Herr Schreyer bitte dazu, danke.

Herr Schreyer

Vielen Dank. Die Frau Vorsitzende hat vor der Abstimmung über den Änderungsantrag diesen, auf Ihren ausdrücklichen Wunsch Herr Nette, noch einmal wortwörtlich vorgetragen. Insoweit dürfte es, glaube ich, dem durchschnittlichen Zuhörer dieser Sitzung bekannt sein, über welche Vorlage Sie wie geändert jetzt abstimmen. Vielen Dank.

Frau Müller

Vielen Dank Herr Schreyer. Und dann frage ich jetzt noch mal Herrn Nette: Wie ist Ihr Abstimmungsverhalten?

		Name	Vorname	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr		Nette	Gernot			x

Frau		Ranft	Melanie	x		
Herr		Radtke	Torsten			x
Herr		Schaaf	Mario	x		
Herr		Schachtschneider	Andreas	x		
Herr		Schaper	Torsten	x		
Herr		Schied	Thomas	x		
Herr		Scholtyssek	Andreas	x		
Herr		Schöder	Olaf	x		
Frau	Dr.	Schöps	Regina	x		
Herr		Schramm	Rudenz	x		
Herr		Sehrndt	Martin			x
Herr		Senius	Kay	x		
Herr		Sondermann	Hans-Dieter			x
Herr		Steinke	Sören	x		
Herr		Streckenbach	Johannes	x		
Frau		Thomann	Beate	x		
Herr	Dr.	Thomas	Sven	x		
Herr		Wels	Andreas	x		
Herr	Dr.	Wend	Detlef	x		
Herr	Dr.	Wiegand	Bernd	x		
Frau		Winkler	Yvonne	x		
Herr		Wolter	Tom	x		
Frau	Dr.	Wünscher	Ulrike	x		

Frau Müller

Wir haben 44 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme und 7 Enthaltungen. Damit ist der so geänderte Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH einstimmig beschlossen.

-Ende Wortprotokoll-

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle VII/2020/02116
Vorlage: VII/2021/02196**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan der TOOH GmbH wird um die, zusätzlich im Personalplan aufgenommenen 2 Vollzeitstellen – Referent der Geschäftsführung, 1 Theaterpädagogenstelle – gekürzt, um das im Strukturanpassungskonzept vereinbarte Personaltableau einzuhalten.

**zu 7.1 Wirtschaftsplan 2021 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VII/2020/02116**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2021 wird beschlossen.

**zu 7.2 Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter
Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02137**

Herr Nette stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des TOP 7.2, da bereits bei TOP 7.1 nicht alle Stadträte der Debatte folgen konnten, es teilweise zu leise war, das Votum des Oberbürgermeisters nicht verständlich war und man sich bei der Abstimmung nicht an die Geschäftsordnung gehalten habe.

Herr Schreyer gab erneut den Hinweis, dass die Geschäftsordnung für diesen Fall vorsieht, dass jeder Stadtrat zu demselben Tagesordnungspunkt nur einen Antrag auf Aussprache, Abstimmung, Verweisung oder Vertagung stellen darf. Dieser Vertagungsantrag wurde bereits zu Beginn der Sitzung durch Herrn Nette gestellt, welcher abgelehnt wurde. Insoweit kann ein weiterer Vertagungsantrag zur gleichen Sache nicht gestellt werden. Der Geschäftsordnungsantrag ist unzulässig.

Herr Dr. Wend stellte den Geschäftsordnungsantrag Herrn Nette von der Sitzung auszuschließen, weil er versucht die Tagesordnung zu missbrauchen und den Ablauf zu stören.

Frau Müller sagte, dass es allein ihr obliegt Personen von der Sitzung auszuschließen, im

Übrigen gibt es einen solchen Geschäftsordnungsantrag nicht.

Herr Nette sagte, eine andere Rechtsauffassung zu vertreten. Er habe das Recht Geschäftsordnungsanträge zu stellen.

Frau Müller sagte, dass man die Sitzung des Stadtrates ganz bewusst stören kann.

Zum Tagesordnungspunkt 7.2 gab es keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die „Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen der Stadt Halle (Saale) für den Landkreis Wittenberg“ abzuschließen.

**zu 7.3 **Neubau Freiwillige Feuerwehr Lettin, Kirchstraße 10, 06120 Halle (Saale) -
Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2020/01898****

**zu 7.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Neubau Freiwillige Feuerwehr Letti, Kirchstraße 10,
06120 Halle (Saale)- Variantenbeschluss" VII/2020/01898
Vorlage: VII/2021/02198****

Herr Nette sagte, bei verschiedenen Räten Parteiwerbung im Hintergrund gesehen zu haben. Er fragte, ob dies in einer Stadtratssitzung statthaft ist.

Frau Müller sagte, das Fraktionszeichen zulässig sind, etwas Anderes ist nicht erkennbar.

Herr Lange brachte den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Herr Dr. Thomas sagte, dass sich der Vergabeausschuss für die Variante 2 ausgesprochen habe. Er begrüße, dass sich Verwaltung und Rat für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Freiwilligen Feuerwehr einsetzen möchte. Ein vergleichbares Programm sollte für die Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz aufgesetzt werden.

Frau Dr. Marquardt nahm Stellung zum Änderungsantrag. Die Verwaltung empfiehlt, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen, weil zusätzliche Leistungen zu zusätzlichen Kosten führt. Angesichts der aktuellen Haushaltslage ist dies nicht vertretbar.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** sagte, dass Frau Dr. Brock die Sitzung verlassen habe. Sie bat um Abstimmung. Die Abstimmung erfolgte durch namentlichen Aufruf der Mitglieder.

Während des Abstimmungsprozesses zur Vorlage sagte **Herr Nette** erneut, dass die Vorsitzende gegen die Geschäftsordnung verstößt, § 11 Abs.9. Anschließend erklärte er seine Enthaltung.

**zu 7.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Neubau Freiwillige Feuerwehr Letti, Kirchstraße 10, 06120 Halle (Saale)- Variantenbeschluss" VII/2020/01898
Vorlage: VII/2021/02198**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Das Bestandsgebäude wird abgerissen und das Funktionsgebäude und die Fahrzeughalle am Standort der Freiwilligen Feuerwehr Lettin neu gebaut. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen einzuleiten und dem Stadtrat die dazu erforderlichen Beschlüsse vorzulegen.

Geplant wird die Vorzugsvariante 2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Erweiterungen umzusetzen sind:

- 1. Der Standort wird zusätzlich um die in Variante 1 zur Nutzung vorgesehene Fläche auf dem Flurstück 680 erweitert.**
- 2. Ein Bestandsgebäude / Nebengelass auf dem Flurstück ist abzureißen.**
- 3. Die Fläche wird nicht versiegelt.**

**zu 7.3 Neubau Freiwillige Feuerwehr Lettin, Kirchstraße 10, 06120 Halle (Saale) - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2020/01898**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Bestandsgebäude wird abgerissen und das Funktionsgebäude und die Fahrzeughalle am Standort der Freiwilligen Feuerwehr Lettin neu gebaut. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen einzuleiten und dem Stadtrat die dazu erforderlichen Beschlüsse vorzulegen.

Geplant wird die Vorzugsvariante 2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Erweiterungen umzusetzen sind:

- 1. Der Standort wird zusätzlich um die in Variante 1 zur Nutzung vorgesehene Fläche auf dem Flurstück 680 erweitert.**

2. Ein Bestandsgebäude / Nebengelass auf dem Flurstück ist abzureißen.
3. Die Fläche wird nicht versiegelt.

Herr Bernstiel wies darauf hin, dass Herr Nette erneut im Abstimmungsprozess die Gelegenheit für eigene Wortbeiträge genutzt habe. Dies kann mit einem Ordnungsruf geahndet werden. Bei vermehrten Ordnungsrufen kann die Vorsitzende Herrn Nette der Sitzung rechtskonform verweisen.

Frau Müller schlug vor, die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 zusammen zu behandeln und auch im Block abzustimmen. Es gab keinen Widerspruch zu der Verfahrensweise und keine Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten insgesamt.

Frau Müller bat um Abstimmung im Block.

**zu 7.4 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 35
Sonderbaufläche Riebeckplatz Ost - Abwägung
Vorlage: VII/2020/01618**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 35 „Sonderbaufläche Riebeckplatz Ost“, wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 7.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 35
Sonderbaufläche Riebeckplatz Ost - Feststellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01619**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 35 „Sonderbaufläche Riebeckplatz Ost“, in der Fassung vom 02.11.2020.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 02.11.2020 wird gebilligt.

Die Sitzung wurde für eine 20-minütige Pause unterbrochen.

Frau Müller sagte, sich für einen Abbruch der Sitzung entschlossen zu haben.

Herr Schreyer sagte, dass aufgrund der wiederholten, zwar nicht glaubhaften, Behauptungen einzelner Stadträte, dass der Ton nicht durchgehend gewährleistet sei im Rahmen der heutigen Stadtratssitzung, zu befürchten ist, dass die Beschlüsse nicht rechtssicher sind. Daher kann die Sitzung in der Art und Weise nicht fortgeführt werden. Die Verwaltung bedauere das sehr. Letztlich ist man machtlos, wenn eine gut vorbereitete und gut laufende Sitzung bewusst gestört wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadtratssitzung intensiv vorbereitet wurde. Es können Behauptungen aufgestellt werden, die schwer widerlegt werden können, letztlich hat aber eine Störung stattgefunden. Jeder Stadtrat ist verpflichtet in seinem Ehrenamt dem Wohle der Stadt zu dienen. Die heutige Sitzung des Stadtrates soll am 17.02.2021 in Präsenzsitzung weitergeführt werden.

Es gab noch Wortmeldungen von Herrn Scholtyssek, Herrn Bernstiel, Herrn Dr. Meerheim, Herrn Helmich, Herrn Wolter, Herrn Heym und Herrn Bönisch.

Im Tenor teilte man die Äußerungen der Verwaltung, bedankte sich bei dieser für die Organisation der heutigen Sitzung und fragte, ob die Sitzung nicht in Teilen fortgeführt werden könnte beziehungsweise, ob die getroffenen Beschlüsse rechtssicher sind.

Auf letzteres antwortete **Herr Schreyer**, dass dies geprüft werde.

Herr Nette sagte, dass er und Herr Menke nicht in die Vorbereitung der Sitzung eingebunden waren. Die Videokonferenz hatte Mängel, die er lediglich aufgezeigt habe.

Frau Müller sagte, die Sitzung trotz der Hinweise abubrechen und schloss die Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer